

# Weniger ist mehr

## *Kritik an Interventionspolitik*

**Ulrich Speck** · Die humanitäre Intervention und die Staatsbildung wurden in den neunziger Jahren auf die Agenda westlicher Politik gesetzt. Dass mitten in Europa wehrlose Menschen zu Tausenden umgebracht wurden, rief das moralische Verantwortungsgefühl des Westens hervor. Das Massaker im bosnischen Srebrenica von 1995 war der Wendepunkt, unter dem Druck der Öffentlichkeit liessen Politiker alle Vorbehalte fahren und beschlossen, militärisch zu intervenieren. Kurz darauf lenkten die Serben ein, und es kam zum Abkommen von Dayton. Seither ist Bosnien ein Protektorat.

## **Skepsis aus der Praxis**

Umstritten war die humanitäre Intervention von Beginn an. Kritik kam von links: In Wahrheit seien Interventionen durch ökonomisches, imperialistisches Eigeninteresse motiviert. Und von konservativer Seite: Man müsse jedes Volk nach seiner Façon leben und gegebenenfalls auch sterben lassen; durch Eingriffe von aussen werde alles nur schlimmer. Die Kritik jedoch, die Rory Stewart und Gerald Knaus in ihrem Buch «Can Intervention Work?» äussern, ist eine andere. Beide Autoren entwickeln ihre Skepsis aus der Praxis. Stewart, ein britischer Unterhausabgeordneter, und Knaus, Leiter des in Südosteuropa aktiven Think-Tanks «European Stability Initiative», haben festgestellt, dass sie aus ihren jeweiligen Erfahrungen in Afghanistan und Bosnien ähnliche Schlussfolgerungen gezogen haben. Worin diese bestehen, ist das Thema der zwei Essays, die durch eine kurze, gemeinschaftlich verfasste Einleitung zusammengehalten werden.

Stewart schildert, wie er, in Afghanistan für eine Nichtregierungsorganisation (NGO) tätig, den Glauben an die Mission immer mehr verloren habe. Was funktionierte, waren laut Stewart die Projekte, die am Schreibtisch in der Hauptstadt entwickelt werden konnten, wie etwa der Aufbau einer Zentralbank. Was nicht funktionierte, war der Umbau der ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen. Die Denk- und Begriffswelt, mit der engagierte Absolventen westlicher Eliteuniversitäten sich im Dienst von Regierungen und NGO an die Aufgabe machten, hatte nichts zu tun mit der Lebenswelt der Afghanen. «Staatsbildung in Afghanistan», resümiert Stewart resigniert, «ist unmöglich.» Aussenstehende sollten sich von grossen Entwürfen verabschieden. Je schneller die Verantwortung an lokale

Kräfte abgegeben werde, desto besser.

## **Mangelndes Vertrauen**

In diesem Résumé trifft sich Stewart mit Knaus, der in Bosnien vergleichbare Erfahrungen gemacht hatte. In Bosnien brachte die Intervention der Nato einen Krieg zum Ende. Anschliessend übernahm die internationale Staatenwelt die Regie im Land. Mit grossem Aplomb sei ein Staatsbildungsprozess in Gang gesetzt worden, dessen Resultate heute, mehr als 15 Jahre später, gemischt seien.

Laut Knaus bestand der Kardinalfehler darin, der lokalen Bevölkerung nicht vertraut zu haben. Anstatt die Bevölkerung vor Ort Verantwortung für ihre Angelegenheiten übernehmen zu lassen, hätten die Besetzer alle Macht in den Händen eines von der internationalen Staatenwelt eingesetzten Oberherrn konzentriert. Der Schlüssel zum Erfolg der Mission liege eben nicht, sagt Knaus, bei demjenigen, der interveniere, sondern bei der lokalen Bevölkerung.